

## GROSSER RAT

GR.25.135

### VORSTOSS

**Interpellation Mia Jenni, SP, Obersiggenthal (Sprecherin), Lelia Hunziker, SP, Aarau, Rolf Schmid, SP, Frick, Carol Demarmels, SP, Obersiggenthal, vom 29. April 2025 betreffend Auswirkungen der Zollerhöhungen durch die USA auf die Aargauer Wirtschaft**

---

#### **Text und Begründung:**

Die jüngst eingeführten US-Zölle auf Schweizer Produkte stellen eine erhebliche Herausforderung für exportorientierte Kantone dar. Der Kanton Aargau, mit seiner starken Maschinenbau- und Pharmaindustrie, ist hiervon besonders betroffen. Laut einer Analyse basierend auf Daten des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit aus dem Jahr 2023 gehören die Kantone Aargau, Wallis und Zug zu den wichtigsten Exporteuren pharmazeutischer Produkte. Während die Pharmabranche derzeit von den Zöllen ausgenommen ist, könnten zukünftige Änderungen erhebliche Auswirkungen haben. Zudem weist der Aargau im Maschinenbau hohe Exportzahlen aus, was ihn anfällig für die bestehenden Zölle macht.

Der amerikanische Präsident hat für Wareneinfuhren aus der Schweiz einen generellen Zoll in der Höhe von 31 % angekündigt. Als nach wie vor industrieller Kanton sind Unternehmen im Kanton Aargau von dieser Massnahme besonders betroffen. Werden die angekündigten Zölle wie vorgesehen umgesetzt, könnten verschiedene Unternehmen im Kanton Aargau in Schieflage geraten; es könnten hochspezialisierte Arbeitsplätze gefährdet werden und Menschen in existenzielle Not geraten.

Im Zusammenhang mit dieser ausserordentlichen Situation bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Branchen und Unternehmungen im Kanton Aargau sind von den angekündigten Zöllen besonders betroffen?
2. Mit welchen Auswirkungen für die Wirtschaft des Kantons Aargau rechnet der Regierungsrat kurz- und mittelfristig?
3. Welche Instrumente stehen dem Kanton Aargau zur Verfügung, um sich für betroffene Unternehmen kurz- und mittelfristig einzusetzen?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat in der gegenwärtigen Lage eine Vertiefung der Beziehungen zu den europäischen Staaten und zur Europäischen Union?
5. Was unternimmt die Regierung für die weitere Vertiefung der stabilen Handelsbeziehungen zu unseren wichtigsten Handelspartnern in Europa?